

## Frauen sollen mitgemeint bleiben



© upg

**Barbara Marti / 22. Aug 2019 - Kritik an Gleichstellungsanliegen ist populär. Auch ein renommierter Kommentator macht mit – und benutzt dafür die Sprache der Rechtspopulisten.**

Das Parlamentsbüro der Stadt Zürich hat einen Vorstoss der konservativen SVP-Abgeordneten Susanne Brunner zweimal abgewiesen, weil er männlich formuliert ist. Dies widerspricht den Ausführungsbestimmungen zur Geschäftsordnung. Dort steht: «Frauen und Männer sind sprachlich gleichberechtigt zu behandeln.» Das Parlamentsbüro besteht aus 13 Parlamentsmitgliedern. Die parteipolitische Zusammensetzung des Büros entspricht der Stärke der Fraktionen im Parlament.

### «Amtssprache ist nicht genderisch»

Das Vorgehen des rot-grün dominierten Parlamentsbüros sei ein Angriff auf die offene Gesellschaft, kritisierte darauf Frank A. Meyer in einem Kommentar für die Boulevard-Zeitung «Blick». Es verletze die Bundesverfassung: «Keine Sprachregelung darf die Rechte der Bürger oder die ihrer gewählten Vertreter in Parlamenten und Regierungen ausser Kraft setzen. Amtssprache in Zürich ist Deutsch, nicht Genderisch. Kein Parlamentarier muss sich an Sprachvorschriften halten.»

### Feindbild Feminismus

Mit «Genderisch» macht Meyer sich lustig über das Anliegen von Frauen, in der Sprache sichtbar und nicht bloss mitgemeint zu sein. Eine alt bewährte Taktik, um Forderungen von Frauen abzuservieren. Und mit «Gender-Ideologie» übernimmt Meyer ein Schlagwort rechter Populisten: «In der Stadt Zürich versucht eine feministisch gestimmte Mehrheit, die Gender-Ideologie zur Bedingung für die Arbeit im Parlament zu machen. Diese Bewegung ist demokratiefeindlich, rechtsstaatsfeindlich, freiheitsfeindlich.» Meyer gibt sich im Kommentar als Verteidiger der Demokratie und der offenen Gesellschaft. Dass die Bundesverfassung die Gleichstellung von Frau und Mann vorschreibt, ist ihm keine Silbe wert. Und dass es Frauen gibt, die sprachlich nicht bloss mitgemeint sein wollen, ist ihm offensichtlich egal.